Wolfgang Hardtwig

Die Preußische Akademie der Wissenschaften in der Weimarer Republik

Wenige Tage nach dem Umsturz in Berlin, am 14. November 1918, trat – nachdem das Akademiegebäude selbst am 9. November in die Kämpfe einbezogen worden war – das Plenum der Akademie in der Dorotheenstraße 80 zusammen. 43 von 65 Mitgliedern waren anwesend. Neben den auch in dieser Sitzung dominierenden Routineangelegenheiten diskutierte man kurz zwei aktuelle Fragen und nahm dann die Anträge der Sekretare an: die Sitzungen und sonstigen Arbeiten sollten so gut und so lange es ging regelmäßig fortgesetzt werden; und die Akademie wolle sich an den „Beratungen über die gegenwärtige Lage" beteiligen, zu denen der Rektor der Universität, Eduard Meyer, ein Akademiemitglied, für den 17. November eingeladen hatte. Bei der nächsten, wiederum termingerecht am 28. November stattfindenden, Gesamtsitzung berichtete Max Planck vor allem über einen Besuch, den er gemeinsam mit dem Sekretar der Philosophisch-historischen Klasse, Hermann Diels, beim Volksbeauftragten im Preußischen Kultusministerium, Konrad Haenisch, gemacht hatte. Dabei war den Vertretern der Akademie zugesichert worden, daß die Akademie von der neuen Staatsregierung „dasselbe Wohlwollen und dieselbe Förderung in jeder Beziehung zu gewärtigen habe" wie unter den früheren Regierungen. Eduard Meyer regte an, die nächste „Friedrichssitzung" im Januar 1919 wegen der „allgemeinen ernsten Stimmung" ausfallen zu lassen, doch beschloß das Plenum die Sitzung in herkömmlicher Weise abzuhalten.[1]

Damit war die Strategie der Akademie für den Übergang in die neue politische Ordnung vorgezeichnet: *business as usual,* aber auch erhöhte Wachsamkeit, Kontaktaufnahme mit und Rückversicherung bei den neuen Herren und – soweit möglich – Schulterschluß mit

[1] Gesamtsitzungsprotokolle 1918, AAW Berlin, Bestand PAW, II-V, 94, Bl. 61-63; ebd., Bl. 61–68; ebd., II-VI, 21, Bl. 193; Überblicke zur Akademiegeschichte in der Weimarer Republik bieten aus marxistischer Sicht Hartkopf, *Akademie der Wissenschaften in der DDR*, S. 65–106 sowie u. a. faktenreich und als Nachschlagewerk nützlich: Schlicker, *Akademie im Imperialismus II*; einen fundierten Abriß mit Schwergewicht auf der Institutionengeschichte bietet Grau, *Preußische Akademie der Wissenschaften*, bes. S. 178–255. Zu den Beschädigungen: Sitzungsprotokolle des Sekretariats, AAW Berlin, Bestand PAW, II-V, 94, Bl. 64ff., 69ff.; II-V, 95, Bl. 68ff., 177 (Sitzung vom 11. November 1918); Besuch von Diels und Planck beim Volksbeauftragten des Kultusministeriums: AAW Berlin, Bestand PAW, II-VI, 21, Bl. 193.

der Universität. Explizit politische Diskussionen sollte man von nun an für den ganzen Zeitraum bis 1933 kaum finden – wenn man von sehr akademienahen Ausnahmen absieht wie etwa der Erklärung der Akademie gegen das Begehren der Alliierten, „Kriegsverbrecher" wie Fritz Haber und Walter Nernst auszuliefern.[2] Gleichwohl lassen sich sowohl eine „Politik" der Akademie im ganzen als auch politische Ansichten und Optionen wichtiger Akademiemitglieder zwischen 1918 und 1933 weithin rekonstruieren. Zum einen hatte die Akademie als Institution ihren Standort unter den durch die Revolution geschaffenen neuen Verhältnissen zu definieren; zum anderen nahmen die Repräsentanten der Akademie – die durchweg dem Gelehrtentypus des „Universalisten" angehörten – regelmäßig zu Fragen der Zeit Stellung. Zunächst soll daher genauer geklärt werden, wie die Akademie ihre Stellung zum und im Staat und in der Berliner Öffentlichkeit in den Jahren nach der Revolution bestimmte. Anschließend sollen die offiziösen Äußerungen der Akademiemitglieder über Staat und Gesellschaft, Wissenschafts- und Bildungspolitik, über die Situation der Nation u. a. so weit als möglich geklärt und ihre politischen Anschauungen diskutiert werden. Abschließend wird es darum gehen, den „Fall Einstein" im Kontext der gewonnenen Ergebnisse zu interpretieren.

I.

Immer wieder, und in verschiedenen Zusammenhängen, bekundete die Akademie mit Blickrichtung auf den Staat ihren Willen zur Autonomie. In seiner Friedrichsrede am 27. Januar 1919, der ersten nach dem Umsturz, würdigte der Germanist Gustav Roethe ausführlich die Verdienste der Hohenzollern um die Wissenschaft und betonte dabei vor allem, daß sie deren Selbständigkeit und „Unvolkstümlichkeit" jederzeit geschützt hätten. Wenn Roethe vor allem die notwendige Praxisferne, Langfristigkeit und Freiheit der Wissenschaft hervorhob, so war das auch als vorbeugende Warnung und als Appell an die neuen Herren gedacht.[3] Im Plenum hatte der Chemiker Emil Fischer schon unmittelbar nach dem Umsturz vorgeschlagen, die Gelegenheit zu einer Erweiterung der Autonomie der Akademie zu nützen, doch hatte dieser Vorschlag mit Hinweis auf die eigene finanzielle Abhängigkeit keine Mehrheit gefunden.[4] Ganz unberechtigt war die Sorge um Freiheit und Unabhängigkeit der Wissenschaft und damit auch der Akademie als Institution trotz der anfänglichen Zusicherungen aus dem Kultusministerium nicht. Es dauerte dann allerdings bis 1920, bis eine – wenn auch eher harmlose – Bedrohung dieser Autonomie am Horizont erschien. Der Hauptausschuß des Preußischen Landtags diskutierte bei der Beratung des Haushalts den Status der wissenschaftlichen „Hilfsarbeiter". In gemäßigten Wendungen verlangte die MSPD, in schärferen die USPD, daß die geringen Gehälter der Hilfsarbeiter

[2] AAW Berlin, Bestand PAW, II-III, 38, Bl. 76f.
[3] SB der PAW 1919, S. 17ff.; AAW Berlin, Bestand PAW, II-V, 177.
[4] AAW Berlin, Bestand PAW, II-III, 37, Bl. 143.

angehoben und sie zudem entweder nach Tarifvertrag bezahlt oder zu Beamten gemacht werden müßten. Die Verteidigung der Akademieposition übernahm demgegenüber ein DNVP-Abgeordneter: es „handle sich hier um einen Selbstverwaltungsakt der Akademie, die selbst kein Geld habe. Der Staat müsse die Mittel zur Verfügung stellen; aber die Besetzung der Stellen müsse der Akademie überlassen bleiben". Der USPD-Abgeordnete dagegen meinte, weder Staatsverwaltung noch Landesversammlung könnten sich „das Recht nehmen lassen, über die Anstellung von Beamten zu befinden; sonst unterliege man der Gefahr, daß eine Inzucht getrieben, daß diese Stellen nicht nach allgemeinen Rücksichten, sondern vielfach nach Gunst vergeben und versagt würden". Der Antrag wurde nach kurzer Diskussion zurückgezogen.[5] Damit war die Autonomie in Fragen der Besoldung – soweit der Staat nicht zuständig war – für die Jahre der Weimarer Republik definitiv gesichert, zu weiteren solchen Initiativen kam es bis 1933 nicht mehr.

Wie empfindlich sich die Akademie gegenüber allen Einmischungen von außen gab, sieht man auch daran, daß sie immer wieder Initiativen des Auswärtigen Amtes zurückwies, die das Renommé der Akademie für die – nach 1918 ja in ihrer Bedeutung erheblich gewachsene – auswärtige Kulturpolitik nutzen wollten. Mehrfach verweigerte sie sich Vorschlägen, prominente deutschfreundliche Gelehrte aus dem Ausland oder sonstige Kulturträger zu Korrespondierenden oder Ehrenmitgliedern zu ernennen. Symptomatisch für solche Vorgänge ist etwa der über das Auswärtige Amt an die Akademie gelangte Vorschlag des deutschen Gesandten in Bern 1920, den neugewählten Berner Universitätsrektor Schulthess in die Akademie aufzunehmen. Schulthess habe sich vor dem Krieg zur deutschen Wissenschaft bekannt, sei seit dem deutschen Zusammenbruch aber in seiner Haltung schwankend geworden; er sei jedoch der richtige Mann, der einem möglichen Boykott deutscher Studenten und Hochschulen durch die Schweiz entgegentreten könnte; außerdem habe er für den Druck altphilologischer Arbeiten der Akademie in Bern Geld gesammelt. Trotz der plausiblen Argumente verweigerte sich die Akademie diesem Wunsch, indem sie auf ihre Statuten und „herkömmlichen Gepflogenheiten" verwies. Erwägungen politischer Natur seien bei der Wahl von Mitgliedern, auch Korrespondierenden, grundsätzlich auszuschließen.[6]

Die größte Aufregung in dieser Hinsicht verursachte eine offizielle Anfrage des Außenministers Rathenau an die Akademie 1922. Rathenau wünschte, daß sich die Akademie „an die anderen Akademien der Welt wende und diese auffordern solle, eine Auswahl allgemein anerkannter, wissenschaftlich bedeutender, zu objektiver Würdigung geschichtlicher Urkunden geeigneter Männer [...] namhaft zu machen, die sich mit der Frage der Kriegsschuld befassen sollten". Sekretar Roethe berichtete in einer außerordentlichen Klassensitzung am 22. Juni 1922 über die Verhandlungen, die er über dieses Thema in den letzten drei Monaten mit Rathenau persönlich geführt, und über die „schweren Bedenken", die er

[5] AAW Berlin, Bestand PAW, II-VI, 24, Bl. 8.

[6] GStA, I. HA, Rep. 76, Vc Sekt. 2, Tit. 23, F, Nr. 2, Bd. XIV, Bl. 342, 368–378; AAW Berlin, Bestand PAW, II-V, 97, Bl. 6; ebd., II-VI, 24, Bl. 31; AAW Berlin, Bestand PAW, II-V, 168, Bl. 32ff.

sofort geäußert hatte: zur wissenschaftlichen Entscheidung dieser Frage sei die zeitliche Distanz zu gering und das Material zu einseitig, da die entscheidenden Archive des Auslands noch nicht geöffnet seien; die Akademie sei bei der Wiederherstellung ihrer Beziehungen zum Ausland allmählich vorangekommen, und zwar durch ihre „völlig unpolitische Haltung"; der Gewinn dieser Bemühungen ginge wieder verloren, wenn die Akademie einen solchen politischen Schritt täte. Auf diese Einwände Roethes hin schwächte Rathenau seinen Vorschlag ab und erbat von der Akademie nur noch die Namen „geeigneter Männer" in ausländischen Akademien, das weitere werde dann das Auswärtige Amt selbst besorgen. Max Planck brachte auch dagegen vor allem Bedenken gegen die Befragung der Pariser Akademie vor. Wilamowitz-Moellendorff zeigte sich überzeugt, daß die Aktion mehr schade als nütze; die Stärke der Akademie sei ihre „ruhige Zurückhaltung" und nur sie führe allmählich zur Wiederanknüpfung der wissenschaftlichen Beziehungen mit dem Ausland. Dietrich Schäfer machte geltend, daß der Schritt ohne jeden Eindruck bleiben werde, selbst wenn sich einige zur Objektivität bereite Beurteiler fänden. Eduard Meyer hielt eine solche Jury für äußerst bedenklich, da die Wirkungen einer derartigen Anfrage schwer abzuschätzen seien. Nur Friedrich Meinecke erklärte, die Akademie müsse in diesem Punkt der Regierung „gefällig sein [...], auch wenn nur ein ganz kleiner Gewinn dabei herauskomme".[7]

Es fällt auf, daß gerade die radikal-nationalistischen Verfechter der Annexionspolitik im Weltkrieg wie Schäfer, Eduard Meyer, Wilamowitz-Moellendorff – zu denen freilich Max Planck nicht gehörte – sich hier auf die Freiheit und Objektivität der Wissenschaft beriefen und – anders als der gemäßigte Meinecke – sich dem Wunsch Rathenaus verweigerten. Die Verkehrung der Fronten erklärt sich wohl vor allem aus der Abneigung der Hardliner gegen Rathenau und die von ihnen abgelehnte Erfüllungspolitik.[8] Am deutlichsten sprach dieses Motiv der Jurist bzw. Rechtshistoriker und gebürtige Schweizer Ulrich Stutz aus. Er sah im Rathenauschen Plan eine „Illusionspolitik", wie sie sich seinerzeit auch „in dem kaiserlichen Friedensangebot" geäußert habe. Die Abstimmung in der Philosophisch-historischen Klasse ergab dann eine Ablehnung der Initiative bei fünf Gegenstimmen.[9]

Auch in scheinbar formalen Fragen hielt man auf strikte Unabhängigkeit vom Staat. So mahnten z. B. die Sekretare mehrfach zu strikter Vertraulichkeit der Beratungen, nachdem offenbar Interna über beabsichtigte Zuwahlen ans Ohr des preußischen Kultusministeriums gelangt waren.[10]

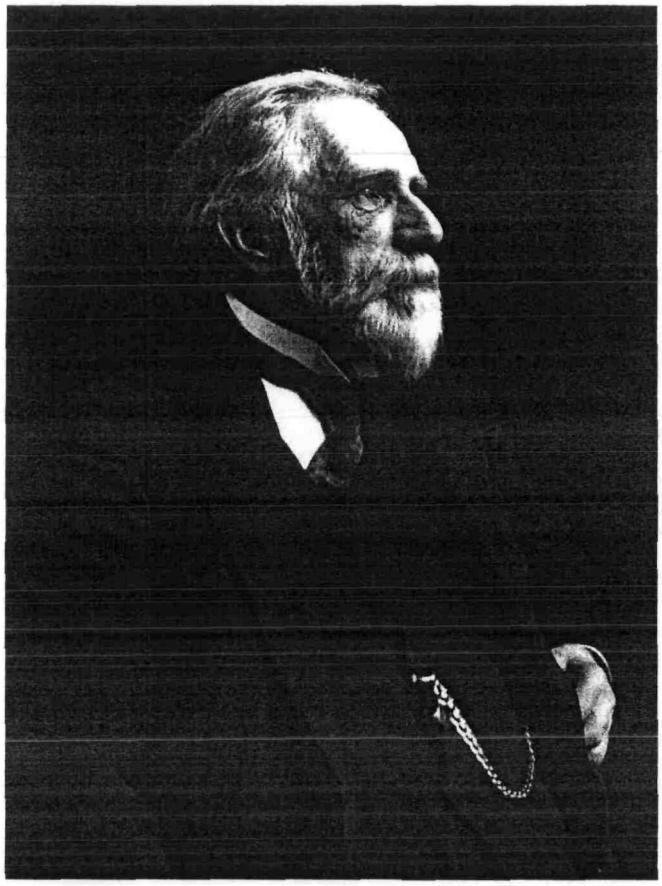
Trotz dieser Distanzierungen gewinnt man im ganzen den Eindruck, daß sich im konkreten Verhältnis zwischen Akademie und Staat seit 1918 sehr wenig änderte. Das liegt zunächst schon darin begründet, daß die Ansprechpartner im Ministerium im wesentlichen dieselben blieben. Die Kontinuität der Verwaltung dominierte deutlich die Diskontinuität

[7] AAW Berlin, Bestand PAW, II-IV, 168, Bl. 84–93, 97–99.

[8] Vgl. dazu allg. Krüger, *Außenpolitik der Republik von Weimar*, S. 132–206.

[9] AAW Berlin, Bestand PAW, II-IV, 168, Bl. 97–99.

[10] AAW Berlin, Bestand PAW, II-III, 39, Bl. 164f.; ebd., II-III, 43, Bl. 6ff.; ebd., II-V, 98, Bl. 50ff.; ebd., II-VI, 25, Bl. 58, 195, 207.



Max Rubner

des politischen Systems. Auch der von den Weimarer Parteien regierte Staat akzeptierte das Selbstverständnis der Akademie als in allen wissenschaftlichen und wissenschafts-organisatorischen Fragen selbstbestimmtes Elite- und Repräsentationsorgan der preußischen und deutschen Wissenschaft und stützte dieses Selbstverständnis seinerseits noch. Wie sehr von seiten des Staates aus diese Kontinuität zu den Verhältnissen vor 1914/18 gewahrt wurde, sieht man gerade an der für die Akademie lebenswichtigen Frage der Finanzierung.

Die Klage über fehlende Mittel für die Akademie zieht sich durch die ganze Ära der Weimarer Republik: Sie beginnt bereits 1919 und setzt sich dann in den alljährlichen Reden der Sekretare fort. 1920 bemängelte der Hygieniker Max Rubner, seit April 1919 Sekretar der Physikalisch-mathematischen Klasse, die Unmöglichkeit, angelsächsische Literatur zu beschaffen, und Hermann Diels kündigte an, die Akademie werde ihre Veröffentlichungen

wohl einstellen müssen.[11] 1923 hielt Rubner seine Friedrichsrede beziehungsvoll über die Gehälter in der Akademie unter Friedrich dem Großen und bemängelte außerdem, daß die Ausstattung für die experimentellen Institute den Verhältnissen „der Neuzeit" nicht angepaßt werden könnte.[12] 1924 klagte Planck generell über den Notstand bei Forschungsfinanzierung und Publikationen und wies nun auch öffentlich darauf hin, daß seit der Inflation die Jahresbezüge der Mitglieder teilweise nicht mehr ausreichten, um die Auslagen für eine einzige Sitzung zu bezahlen.[13] Doch fällt auf, daß die Klagenden bereits seit 1922 differenzierte und moderate Töne anschlugen und daß dem Staat mitunter sogar ausdrücklich für seine Bemühungen gedankt wurde. Der Germanist Gustav Roethe, seit 1920 Nachfolger von Diels als Sekretar der Philosophisch-historischen Klasse, erkannte „dankbar" an, daß der Staat den Akademieetat auf das Fünffache vermehrt habe,[14] und Rubner gestand 1927 zu, daß sich Geldmittel vor allem für die experimentellen Wissenschaften „in bescheidenen Grenzen" gefunden hätten.[15] Die Nuancen in dieser Kommentierung der Finanznöte sind nicht nur institutionell, im Blick auf die Funktionsfähigkeit der Akademie, wichtig, sondern auch, weil sie auf die Bewertung der Republik durch die Akademiker zumindest in deren Eigenschaft als Akademiemitglieder offenkundig nicht ganz ohne Einfluß geblieben sind.

Tatsächlich war die Finanzlage aller wissenschaftlichen Institutionen nach 1918 katastrophal, da ihr Etat auf dem Vorkriegsstand stehengeblieben war.[16] Der neue Staat tat jedoch sein Bestes, um die gestiegenen Kosten für die Lebenshaltung sowie den Druck und das Binden wissenschaftlicher Publikationen auszugleichen. Als die Akademie am 25. März 1920 dem Kultusministerium den Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1921/22 überreichte, verlangte sie sowohl eine allgemeine Erhöhung der gewöhnlichen Gehälter der 70 Ordentlichen Mitglieder, eine Gehaltserhöhung auch für die Sekretare, für die Fachstellen und eine außerordentliche Besoldung hervorragender Gelehrter (gemeint sind Konrad Burdach und Albert Einstein), als auch eine Erhöhung des Titels für die Publikationen um 500 Prozent. Das Ministerium bewilligte die Mittel anstandslos – auch die Verdreifachung der Gehälter für Burdach und Einstein. Als die Akademie beim Kultusministerium 1929 gegen die Kürzung der etatmäßig vorgesehenen sächlichen Ausgaben um zehn Prozent protestierte und ihren Haushalt für 1930 anmeldete, machte sich das Kultusministerium gegenüber dem Finanzministerium zum Anwalt der Akademie. Die Begründung spiegelt die Einschätzung der Akademie durch das Kultusministerium wider: „Die Akademie soll als Gesamtheit auf die Entwicklung des wissenschaftlichen Lebens und die Erhaltung des Nachwuchses wirken und richtungsgebend sein für die Arbeit der lebenden Generation und dabei reichen die jetzt nur vom Staat beigesteuerten Mittel nicht einmal aus, die be-

[11] SB der PAW 1920, S. 69, 682f.
[12] SB der PAW 1923, S. XIIXff., XXIff.
[13] SB der PAW 1924, S. XIXf.
[14] SB der PAW 1922, S. XXI.
[15] SB der PAW 1927, S. XXIII.
[16] Vgl. allg. Nipperdey/Schmugge, *50 Jahre Forschungsförderung*, S. 9ff.

gonnenen Arbeiten fortzuführen. Vielmehr ist die Akademie gezwungen, ihren Aufgabenkreis immer mehr einzuschränken."[17] Das Ministerium machte sich damit auch die Begründung zu eigen, die die Akademie selbst für ihre Wünsche anführte: daß nämlich die Berliner Akademie „für das gesamte Ausland die anerkannte zentrale Vertretung deutscher Wissenschaft darstellt".[18] Als im Zuge der Notverordnungsgesetzgebung 1932 der Finanzminister eine Kürzung der Gehälter um zwölf Prozent anordnete, protestierte das Kultusministerium mit dem Hinweis, die Akademiegehälter stellten ohnehin eher einen „Ehrensold" als ein „richtiges Gehalt" dar, und der Staat täte gut daran, derartige Ehrensolde nicht wie den Arbeitslohn eines staatlichen Beamten oder Angestellten zu behandeln.[19]

Im übrigen achtete die Akademie in ihrem Umgang mit den staatlichen Behörden nicht nur auf ihre Eigenständigkeit, sondern auch auf ihre „Würde". So betrieb sie eine förmliche Einladungspolitik gegenüber Ministern und leitenden Ministerialbeamten. 1919 empfahl Planck in einem Schreiben an Diels, außer dem preußischen Kultusminister von nun an auch den Finanzminister zu den öffentlichen Sitzungen einzuladen, da er wachsenden Einfluß auf das Verhalten des Kultusministeriums gewonnen habe.[20] Der Vorschlag wurde abgelehnt. Erst in der Sekretariatssitzung vom 28. Januar 1932 wurde dann beschlossen, künftig den jeweiligen preußischen Finanzminister und den für die Bearbeitung des Etats der Akademie zuständigen Ministerialdirektor im Preußischen Finanzministerium zu den öffentlichen Sitzungen einzuladen.[21] In der Regel erschienen Dr. Krüß, der Dirigent der Hochschulabteilung, sowie Ministerialdirektor Dr. Richter; Staatssekretär Becker folgte den Einladungen ebenfalls oder schickte einen Vertreter, auch später in seiner Eigenschaft als Kultusminister.[22] Die Staatsnähe der Akademie zeigt sich zudem darin, wie eng sie in ihrer Öffentlichkeitsarbeit mit der staatlichen Behörde zusammenwirkte. Die Akademie belieferte die Pressestelle des Preußischen Staatsministeriums jeweils mit für die Öffentlichkeitsarbeit relevanten Unterlagen, die die Stelle dann für die Presse aufbereitete.[23] Im ganzen kann man also sagen, daß die Akademie bewußt und im Einklang mit den Wünschen der preußischen Regierung und Kulturverwaltung den Kulturstaat Preußen in der politischen und kulturellen Öffentlichkeit der zwanziger Jahre repräsentierte.

[17] GStA, I. HA, Rep. 76 Vc, Sekt. 2, Tit. 7, Nr. 8, Bd. V, Bl. 383ff., 407, 435ff., 465 für 1921/23 sowie ebd., Bd. VI, Bl. 209, 234ff., bes. Bl. 278f. für 1930.

[18] GStA, I. HA, Rep. 76, Vc, Sekt. 2, Tit. 7, Nr. 8, Bd. V, Bl. 397; ebd., Bl. 517f.

[19] GStA, I. HA, Rep. 76, Vc, Sekt. 2, Tit. 7, Nr. 8, Bd. VI, Bl. 496.

[20] AAW Berlin, Bestand PAW, II-V, 191, Bl. 34, SB der PAW 1919, II, S. 5.

[21] AAW Berlin, Bestand PAW, II-V, 179, Bl. 70; SB der PAW 1932, II, S. 16; SB der PAW V, S. 18. 1933 gab es eine Diskussion, ob der Reichsinnen- oder Reichsaußenminister, der Reichsstatthalter für Preußen und der Reichskanzler eingeladen werden sollten; der Vorschlag wurde abgelehnt: AAW Berlin, Bestand PAW, II-V, 179, Bl. 142, 147, 150 (SB II, S. 17f.); AAW Berlin, Bestand PAW, II-V, 193, Bl. 6ff. (SB V, S. 20).

[22] AAW Berlin, Bestand PAW, II-V, 191, Bl. 79; AAW Berlin, Bestand PAW, II-V, 192, Bl. 23, vgl. u. a. auch ebd., Bl. 25, 27.

[23] Ebd., II-V, 192, Bl. 45ff.

II.

Auch die Akademie selbst betrieb durchaus systematische Öffentlichkeitsarbeit. Zu allen öffentlichen Sitzungen gab sie Presseinformationen heraus und reservierte Karten für die Berichterstatter.[24] 1922 bat der „Verein der Ausländischen Presse" in Berlin die Akademie erfolgreich um ein Kontingent von Eintrittskarten für die Festsitzungen.[25]

Wilamowitz-Moellendorff schlug schon am 30. April 1919 vor, ähnlich wie während des Krieges einen Vortragszyklus „für weitere Kreise" anzubieten. Auf Betreiben des vorsichtigen Planck trat dann aber nicht die Institution Akademie als Veranstalter auf, sondern das jeweilige Akademiemitglied.[26] Ein Mitteilungsblatt der Akademie über ihre öffentlichen Vorträge gibt Jahresübersichten, aus denen man eine Vorstellung über Inhalt und Diktion der jährlich sechs Vorträge gewinnen kann. So sprachen z. B. Max von Laue über „Die Raumgitter der Kristalle und ihre Verwendung in der neueren Physik", Adolph Goldschmidt über „Das Grabschiff der Königin Aasa", Adolf von Harnack über „Einige wenig bekannte Worte Jesu" und Ulrich Wilcken über „Ein Blatt aus der antiken Wirtschaftsgeschichte". Die Vorträge fanden jeweils mittwochs im Festsaal Unter den Linden 38, abends um halb acht statt, Karten gab es jeweils für die ganze Reihe zu zehn Reichsmark, für einen Einzelvortrag zu zwei Reichsmark, Stehplätze für Studierende waren für 50 Pfennig zu haben.[27]

Als Institution hingegen präsentierte sich die Akademie in ihren traditionellen Festveranstaltungen zum „Friedrichs-" und zum „Leibniztag". Diese Festsitzungen fanden auch in der Presse Resonanz und zwar gelegentlich in einer Weise, die zeigte, daß die Vorträge durchaus in einer politischen Perspektive wahrgenommen und mitunter auch kritisiert wurden. So fand z. B. der Kult Friedrichs des Großen in den Festansprachen seinen Niederschlag auch in Presseberichten über die Friedrichssitzungen der Akademie.[28] Die „Kreuz-Zeitung" etwa erwähnte aus der Festansprache von Heinrich Lüders am Friedrichstag 1921 dessen Klage über die schwere Krise der Gegenwart und berichtete über die tiefe Dankbarkeit der Akademie gegenüber Wilhelm II. Das Dilemma solcher Berichterstattung zwischen wissenschaftlicher Seriosität und Informationsbedürfnis der Öffentlichkeit erhellt die Bemerkung: „Zum Schluß ergriff die jüngste Berühmtheit der Akademie, Herr *Einstein*, das Wort zu seinem leider sehr leise und schwer verständlich gehaltenen Vortrag über ‚Geometrie und Erfahrung'. [...] Dabei kam er zuletzt auf das Endlichkeitsproblem der Welt, vermochte aber für seine Hypothese eine überzeugende Beweisführung nicht zu erbringen."[29] 1927 polemisierte der „Vorwärts" unter der Überschrift „Anorganische Wis-

[24] Ebd., II-V, 192, Bl. 56.

[25] Ebd., II-V, 192, Bl. 112, 125; auch die Genehmigung zu fotografischen Aufnahmen beschäftigte die Akademie, ebd., Bl. 31f., 113ff., 196ff., 200ff.

[26] Ebd., II-VI, 22, Bl. 105.

[27] GStA, I. HA, Rep. 76, Vc, Sekt. 2, Tit. 23, F, Nr. 1, Bd. XII, Bl. 387 u. 423f.

[28] Vgl. unten S. 34ff.

[29] GStA, I. HA, Rep. 76, Vc, Sekt. 2, Tit. 23, F, Nr. 1, Bd. XII, Bl. 133.

senschaft" zunächst dagegen, daß der Friedrichstag nicht an Friedrichs Geburtstag, dem 24., sondern am 27. Januar, dem „Jahrestag [...] Wilhelms II. von Doorn" stattfinden solle und mokierte sich über das Festhalten am Friedrichstag überhaupt durch eine Akademie, die jetzt „auf dem Boden der gegebenen Tatsachen sozusagen republikanisch" zu sein habe.[30] Zur Strafe für diese Unbotmäßigkeit beschlossen die Sekretare, dem „Vorwärts" mindestens ein Jahr lang keine Mitteilungen mehr zu schicken.[31]

Auch sonst war das Verhältnis zur republiknahen Presse nicht frei von Spannungen. Das „Berliner Tageblatt" beschwerte sich nach der Friedrichssitzung 1921, daß es keine Karten bekommen habe, drückte seine „Empörung über die Mißachtung der Presse" aus und versicherte rhetorisch, man könne nicht glauben, daß die Akademie das „Berliner Tageblatt" aus politischen Gründen habe brüskieren wollen.[32] Im Dezember 1920 bat der Redakteur der „Vossischen Zeitung", Kober, in äußerst verehrungsvollen Wendungen um drei Aufsätze von Akademiemitgliedern über die Angelegenheiten der Akademie. Die Beiträge sollten mit insgesamt 1.000 Reichsmark honoriert werden, doch wollte die Zeitung darüber hinaus unter Wahrung der Geheimhaltung weitere 1.000 Reichsmark spenden. Sekretar Roethe lehnte das Angebot mit dem Argument ab, daß wir „bei der jetzigen gespannten politischen Lage besser tun, jede noch so gut und unbefangen gemeinte Schenkung einer politischen Zeitung zu vermeiden".[33] Da das Angebot keinerlei reale Gefahr für die Unabhängigkeit der Akademie darstellte, wird man das eigentliche Motiv Roethes in seiner Aversion gegen diese Zeitung als einflußreichem Organ des politischen Liberalismus suchen müssen. Im übrigen hatten trotz dieser Reaktionen auf die Akademie in der Öffentlichkeit und ihre Veranstaltungen die meisten Akademiemitglieder den Eindruck, daß ihre Institution jetzt weniger gelte als im Kaiserreich. Friedrich Meinecke z. B. berichtet über die Klage des langjährigen Sekretars Diels: „Jetzt weiß kein Berliner mehr etwas von der Akademie".[34]

Die Pressereaktionen wie auch die Äußerungen des Ministeriums lassen erkennen, in welchem Maße die Akademie nach wie vor von außen als Repräsentant der selbständigen Größe „Wissenschaft" angesehen wurde. Sie selbst verstand sich durchaus als *die* repräsentative Organisation der deutschen Wissenschaft und achtete neben ihrer Unabhängigkeit strikt auf ihr repräsentatives Erscheinungsbild. Das schlug sich nieder in Äußerlichkeiten wie Diskussionen und Beschlüssen zur Kleiderordnung für die erste Friedrichssitzung nach der Revolution: es sollten keine Orden angelegt werden und im Hinblick auf die „unruhigen Zeiten" wurde ein Erscheinen nicht im Frack, sondern im schwarzen Rock beschlossen.[35] Darüber hinaus erinnerte Sekretar Diels in einem Rundschreiben die Mitglieder am 26. Juni 1919, daß sie „im Interesse des Ansehens, welches die Akademie gerade gegenwär-

[30] AAW Berlin, Bestand PAW, II-V, 192, Bl. 16.
[31] Ebd., II-V, 192, Bl. 15.
[32] Ebd., II-V, 191, Bl. 62f.
[33] Ebd., II-VI, 23, Bl. 231f.
[34] Meinecke, *Erlebtes in Berlin*, S. 252.
[35] AAW Berlin, Bestand PAW II-V, 191, Bl. 24, 26.

tig auch nach außen hin zu wahren berufen" sei und zur Sicherung eines „würdigen Verlaufs" der Sitzungen zahlreich zu erscheinen hätten. Die Formulierung selbst stammte von Max Planck, der auch später mehrfach die Teilnahme an den Sitzungen anmahnte.[36]

Das Selbstverständnis als *die* repräsentative Organisation nicht nur der preußischen, sondern der deutschen Wissenschaft überhaupt schlug sich im übrigen auch innerakademisch im Umgang der Sekretare mit den auswärtigen Mitgliedern nieder. In den obligatorischen Geburtstags- und Jubiläumsglückwünschen dankte und gratulierte die Akademie im Namen der „deutschen Wissenschaft" und der „deutschen Nation"[37] und die Staatsbehörden bestätigten diese Funktion ausdrücklich.[38]

Selbstbewußt – und nicht ohne bornierte Selbstgefälligkeit – verteidigte die Akademie diese prätendierte Position als Spitzenorganisation der Wissenschaft auch institutionell. Das zeigte sich u. a. an der Kompromißlosigkeit, mit der sie den Vorschlag der Technischen Hochschule Berlin, eine technische Klasse einzuführen, zurückwies. Die Aufgabe der Akademie – so Max Planck und seine Kollegen – bestehe in der Förderung der zweckfreien Wissenschaft. Es gab für diese Ablehnung durchaus einsichtige praktische Argumente, doch akzentuierte der Hinweis auf die „zweckfreie Wissenschaft" auch die feinen Unterschiede zwischen den Fakultäten. Umgekehrt gab die TH ungeniert zu, daß sie mit diesem Vorschlag auch des „Ansehens der Akademie im berechtigten Maße mit teilhaftig" werden wollte.[39]

III.

Verläßt man die Ebene des direkten Agierens der Akademie im Verhältnis zum neuen Staat und zur Öffentlichkeit und begibt sich auf die Ebene der offiziösen Äußerungen der Akademiemitglieder als „Generalisten" und Gelehrte mit dem Anspruch auf umfassende Weltdeutungskompetenz,[40] so erweisen sich die beiden Reden, die alljährlich vor dem Plenum und der interessierten Öffentlichkeit jeweils Ende Januar bzw. Ende Juni gehalten wurden, die „Friedrichsrede" und die „Leibnizrede", als ergiebige Quelle. Sprecher waren in der Regel die Sekretare.[41] Als lebenslang gewählte Repräsentanten der beiden Klassen standen sie zwar sicher nicht für die Meinung jedes einzelnen Mitglieds, aber sie repräsentierten doch

[36] Ebd., II-V, 191, Bl. 24, 26, 32; 1926 schlug Fritz Haber vor, angesichts des geringen Interesses der Akademiemitglieder an den Vorträgen ihrer Kollegen, zu den Vorträgen auch die Korrespondierenden Mitglieder hinzuzuziehen, ebd., II-III, 142, Bl. 40ff.

[37] Ebd., II-III, 138, Bl. 228; 139, Bl. 30, 53; 140, Bl. 51.

[38] GStA, I. HA, Rep. 76, Vc, Sekt. 2, Tit. 7, Nr. 8, Bd. V, Bl. 397.

[39] GStA, I. HA, Rep. 76, Vc, Sekt. 2, Tit. 23, F, Nr. 1, Bd. XII, Bl. 68.

[40] Vgl. u. a. die Begriffsbildung bei Ringer, *Decline of the German Mandarines*; Harwood, „Mandarins and Outsiders", S. 485–511, bes. S. 487f.

[41] Die Ansprachen werden im Folgenden nach ihrer Publikation in den Sitzungsberichten zitiert. Für Max Planck liegt darüber hinaus eine Sammelpublikation vor: *Max Planck in seinen Akademieansprachen*.

deutlich die Meinung der überwiegenden Mehrheit. Diese Reden berührten im Kontext eines wissenschaftlichen Vortrags aus dem Arbeitsfeld des jeweiligen Sekretars alle für die Akademie bzw. die „deutsche Wissenschaft" relevanten Fragen und lesen sich darüber hinaus wie ein an historischen Bezügen zu Friedrich dem Großen und zum Akademiegründer Leibniz aufgehängter fortlaufender Kommentar zu Zeitproblemen aller Art, zu Staat und Gesellschaft, zu Bildung und Wissenschaft im Allgemeinen und zur Hochschulpolitik im Besonderen, zu Fragen der Außenpolitik, besonders natürlich zum Versailler Vertrag und seinen Folgen, darüber hinaus aber zur Situation Deutschlands in der Welt überhaupt.

In diesen Reden artikulierte sich – *erstens* – das Selbstbild der Akademie in ihrem Verhältnis zum Staat und, eng damit verbunden, das Wissenschaftsverständnis der Akademiker. In den ersten Jahren nach dem Umsturz kam hier, kaum gebremst durch Legalitäts- oder gar Loyalitätsskrupel gegenüber dem neuen, seinerseits höchst loyalen Staat, die Sehnsucht nach den alten monarchischen Zuständen Preußens vor und nach der Reichsgründung, die Sehnsucht gleichsam nach der altgewohnten machtgeschützten Wissenschaftlichkeit zum Ausdruck. Der 75jährige Hermann Diels, Altphilologe und Philosoph, schaute in seiner Abschiedsrede nach 25jähriger Tätigkeit als Sekretar 1920 auf die „alten gesegneten Zeiten vor 1918" zurück.[42] Gustav Roethe hatte zum Friedrichstag 1919 in einem Kurzaufriß der Geschichte der Akademie beklagt, daß das „edle Herrschergeschlecht" der Hohenzollern „nicht mehr über uns und mit uns" walte. Mit diesem Rückblick auf Gründer und Träger der Akademie verband sich absichtsvoll und vorsorglich gegen die befürchteten Eingriffe der neuen Herren gerichtet das Lob der „völlig ungehemmten Gedankenfreiheit" für die Akademie. Die Hohenzollern hätten, offen für das gute Neue, die „organisierte Arbeit" und schließlich sogar den „von Mommsen erprobten Großbetrieb der Wissenschaft" ermöglicht – vorbildhaft für die Akademien in aller Welt. Vor allem hätten sie ihre Hand gehalten über die zweckfreie, „reine Wissenschaft".[43]

Wenn es etwas gibt, was Geistes- und Naturwissenschaftler, Altphilologen wie Wilamowitz-Moellendorff und Hermann Diels, mit industrienahen Direktoren der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft wie Fritz Haber oder Emil Fischer verband, so war es – *zweitens* – diese Idee der „reinen Wissenschaft". Am hartnäckigsten hat Max Planck sie immer wieder beschworen.[44] Diese „reine Wissenschaft" hatte – so die Redner – in der Gegenwart notwendigerweise spezialisiert und also für die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung nicht nur unverständlich, sondern auch unpopulär zu sein. Der Indologe Heinrich Lüders wies 1921 darauf hin, daß sich die Akademie durch Vorträge für das Publikum geöffnet habe, daß aber niemals alle Menschen gleichen Anteil an der Wissenschaft haben könnten.[45] Da dies auch in den zwanziger Jahren schon ein für die *scientific community* selbstverständlicher Gemeinplatz war, verweist das Insistieren auf diesem Argument besonders deutlich auf das Bedürfnis der Akademiemitglieder, sich als wissenschaftliche Elite gesellschaftlich nach unten ab-

[42] Hermann Diels, Leibnizrede, SB der PAW, 1920, S. 679.

[43] Gustav Roethe, Friedrichsrede, SB der PAW 1919, S. 18.

[44] Max Planck, Friedrichsrede, SB der PAW 1924, S. XIX, Friedrichsrede 1928, S. XVIII.

[45] Heinrich Lüders, Friedrichsrede, SB der PAW 1921, S. 106.

zugrenzen. Das sorgfältig kultivierte Bewußtsein, durch die Akademiemitgliedschaft als Elite in der Elite der Wissenschaftlergesamtheit noch einmal und zusätzlich herausgehoben zu sein, verlieh dieser Betonung der feinen Unterschiede in einer Gesellschaft, die nach der Revolution rapide beschleunigten Demokratisierungsprozessen unterworfen war, eine zusätzliche Schärfe. Das Anbieten von Vorträgen für „weitere Kreise" widerspricht dieser Feststellung nicht. Denn es bestätigt zum einen mit dem implizierten Hinweis auf eine bewußt allgemeinverständliche Darstellung wissenschaftlicher Erkenntnisse den Abstand zwischen den Produzenten und den Rezipienten dieses Wissens. Es läßt andererseits eine heraufdämmernde Ahnung erkennen, daß das hochspezialisierte Tun eines sehr kleinen Gelehrtenkreises unter den neuen Verhältnissen stärkeren Legitimierungszwängen ausgesetzt sein könnte als zuvor – was prinzipiell als Zumutung empfunden wurde. Gerade weil die Akademie – so Max Planck – notwendig die direkte Fühlung mit der breiten Öffentlichkeit verliere, brauche sie einen „Protektor".[46] Dieser neue Protektor konnte nach 1918 nur der neue Staat sein. Beim Umgang mit dem Topos der „reinen Wissenschaft" allerdings gab es doch Nuancen. Adolf von Harnack z. B., der vor 1914 eine zentrale Rolle in der Akademie gespielt, dann aber 1911 die Gründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft initiiert hatte, hätte prinzipiell in dieses Lob der reinen Wissenschaft durchaus einstimmen können. Er setzte aber – freilich nicht in repräsentativer Akademierede – mit seinen unvergleichlich klaren und einfachen Formulierungen zu diesem Thema doch etwas andere wissenschaftstheoretische und politische Akzente: „Wissenschaft ist die Erkenntnis des Wirklichen zu zweckvollem Handeln";[47] oder in bezug auf die Aufgaben der Historie: „Denn nicht nur uns zu unterhalten oder zu kontemplieren sind wir auf der Welt, sondern um das Ganze zu fördern und unseren Nächsten zu dienen".[48]

Ein mehrfach aufgegriffenes Thema war – *drittens* – die Situation der Gebildeten bzw. der „deutschen Geistesarbeiter" seit Krieg und Umsturz. Bei der Behandlung dieses Themas gab es natürlich das Selbstmitleid der Mandarine über die Erosion ihrer Stellung.[49] Vor allem in den Jahren nach dem Revolutionsschock polemisierten die Redner der Akademie gegen die „Unterschätzung der geistigen Arbeit". Rubner machte 1921 den „Pesthauch aus dem Osten, der dort den Untergang der Intellektuellen verbrach" dafür verantwortlich, daß die „Geistesarbeiter" jetzt – wie er meinte – unter den „Handarbeitern" rangierten.[50] Daß derartige Klagen sich im Jahr der Hyperinflation 1923 noch einmal verschärften, ist verständlich und nachvollziehbar, weniger allerdings die ausschließliche Zurückführung des Mißstandes auf die vermeintlichen maßlosen Ansprüche der Arbeiterschaft.[51] Rubners

[46] Max Planck, Friedrichsrede, SB der PAW 1928, S. XVIII; vgl. auch Lüders, Friedrichsrede, SB der PAW 1930, S. XVIII.

[47] Adolf von Harnack, „Was hat die Historie an fester Erkenntnis zur Deutung des Weltgeschehens zu bieten?" Ein Vortrag auf der Aarauer Studentenkonferenz (1920), ebd., S. 181.

[48] Adolf von Harnack, „Stufen wissenschaftlicher Erkenntnis", in: ders., *Ausgewählte Reden*, S. 181; sowie: „Stufen der wissenschaftlichen Erkenntnis" (1930), ebd., S. 177.

[49] Max Rubner, Leibnizrede 1921, SB der PAW 1921, S. 477f.

[50] Max Rubner, Friedrichsrede, SB der PAW 1923, S. XXIf.

[51] Ebd., S. XXIff.

Reden spiegeln darüber hinaus die zunehmende Verzweiflung der Gelehrten über das Zurückfallen ihrer Gehälter wie ihres Ansehens gegenüber den großen Wirtschaftsbürgern wider.[52] Planck und Rubner sahen darüber hinaus in der „Mittelstandsnot" die Existenz der Wissenschaft überhaupt bedroht. Da die besten wissenschaftlichen Nachwuchskräfte aus dem Mittelstand kämen, viele begabte und zur Wissenschaft fähige Mittelstandssöhne aber aus finanziellen Gründen in besser bezahlte Berufe etwa als Arzt, Rechtsanwalt oder Publizist abwanderten, bestünde die ernste Gefahr, daß der Wissenschaft der Nachwuchs wegbleibe.[53]

Breit variiert wurde – *viertens* – das Thema „Vermassung" bzw. neue Egalität. Die Arbeit liege, so hieß es, wegen des „unersättlichen egoistischen Zuges, der durch die Massen geht" völlig darnieder.[54] Nach der Leibniz-Sitzung 1924 protestierte der preußische Kultusminister Becker – der sich im übrigen gegenüber der Akademie betont sachlich verhielt und in einem vielleicht manchmal allzu toleranten Kosten-Nutzen-Kalkül generell „rechte" bzw. konservative Entgleisungen von Gelehrten lieber überging – gegen die Kritik des Sekretars Roethe an der sozialen Öffnung von Schulen und Universitäten.[55]

Bei Äußerungen wie diesen ist allerdings nolens volens der Schock in Rechnung zu stellen, den die Revolution von 1918 für die Mitglieder der von der preußischen Monarchie ja tatsächlich privilegierten Akademie darstellen mußte. Sie erlebten die Novemberereignisse, wie die Professorenschaft weithin, als tiefgreifende politisch-institutionelle und gesellschaftliche, vor allem aber als Werte-Revolution, deren Auswirkungen das sozio-politische und kulturelle Geschehen der nächsten zwölf Jahre in den Augen der meisten in ein dubioses und bedrohliches Licht rückten.[56]

Trotz dieser Bekundungen eines umfassenden sowohl gesellschaftlich-politischen wie kulturellen Unbehagens und der Desorientierung unterlag das Verhältnis zur Republik

[52] Vgl. dazu jetzt vorzüglich: Willett, *Sozialgeschichte Erlanger Professoren 1743–1933* sowie Judersleben, *Philologie als Nationalpädagogik*.

[53] Max Rubner, Friedrichsrede 1923, S. XXIII, Max Planck, Friedrichsrede, SB der PAW 1924, S. XVIIIf.

[54] Max Rubner, Friedrichsrede 1919, S. XXIf.

[55] AAW Berlin, Bestand PAW, II-V, 191, Bl. 192ff.

[56] Charakteristisch für die Reaktion auf die Revolution, selbst bei einem vergleichsweise jungen Gelehrten, der sich dann während der Weimarer Republik auf deren Boden stellte, ist der Brief, den Eduard Spranger (zugewählt 1925) am 10. November 1918 an seinen Freund und Mitstreiter, den linksliberalen Georg Kerschensteiner schrieb: „Sie [die Revolution, W. H.] enthält kein durchführbares Programm, sondern nur auflösende Bestrebungen"; „daß die Lehrfreiheit der Universitäten in kurzem aufhört, scheint mir sicher". Einen Monat später beklagt er sich über die „Würdelosigkeit des Volkes", dessen „völligen politischen und moralischen Zusammenbruch", beginnt aber jetzt bereits Ideen zu entwickeln, wie man der neuen Regierung eine neue „Volkserziehung" nahebringen könne. Vgl. Kerschensteiner/Spranger, *Briefwechsel*. Sehr charakteristisch auch Schmidt-Ott, *Erlebtes und Erstrebtes*, S. 162ff.; für ihn stand „außer jeder Frage, daß nur das strengste Pflichtgefühl des Beamtentums den Staat vor der Auflösung retten und die zuchtlosen Massen zur Ordnung zurückgewöhnen" konnte, ebd., S. 164, 10. November 1918; 16. Dezember 1918, S. 142f.

aber – *fünftens* – doch einem gewissen Wandel. Der Revolutionsschock zitterte lange nach, aber er schwächte sich auch ab und machte bei den Rednern der Akademie vorsichtigen Hoffnungen und einer gewissen Anerkennung für den neuen Staat Platz.

Der Rhythmus dieses Wandels folgt der politisch-sozialen Periodisierung der Republik. Wenn der Hygieniker Rubner 1920 noch gegen die linken „Kräfte" polemisierte, die sich „durch nichts davon abbringen" ließen, den „Staat an seinen Wurzeln zu vernichten", und wenn er zugleich die „geistige Krankheit der nationalen Selbstzerfleischung" anprangerte, so registrierte derselbe Rubner 1927 trotz der „endlosen Schwierigkeiten im Innern durch die Auswüchse der sozialen Bewegung" einen „fühlbaren Aufschwung".[57] Besonnen und differenziert äußerte sich Max Planck 1924. Der obligatorischen Hommage an die Vergangenheit folgt die Öffnung für die Gegenwart. Die Wissenschaftspflege sei nicht auf „bestimmte Personen oder bestimmte Staatsformen zugeschnitten". 1928 dankte Planck der Regierung für ihre Unterstützung und registriert gerade jetzt eine „hohe Wertschätzung und Förderung", wobei er auch auf die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft hinwies.[58] In der Rückschau des Jahres 1933 aber faßte die Adresse der Akademie zum 50jährigen Doktorjubiläum des früheren preußischen Kultusministers und späteren Vorsitzenden der Notgemeinschaft Schmidt-Ott die doch entschieden dominierende Gegenwartserfahrung der Akademisten mit den Worten zusammen, Schmidt-Ott habe „für die deutsche Geisteskultur eine feste Brücke in die wirre neue Zeit hinein gebaut".[59]

Die überwiegende Mehrzahl der Akademiemitglieder fand – *sechstens* – in der „Wirrnis" ihrer Gegenwart Halt und Orientierung zum einen an dem herkömmlichen Etatismus, der die deutsche Gelehrtenschaft dieser Epoche kennzeichnete, zum anderen aber in einem mit dem Etatismus verbundenen, ebenso starken wie unreflektierten Nationalismus. Dem Etatismus lag ein eingefleischter soziopolitischer Traditionalismus und die alt überlieferte vornationalistische Bindung an die Staatlichkeit und das Herrscherhaus Preußens zugrunde. Auch Akademiemitglieder nichtpreußischer Herkunft empfanden sich auf dem Weg über ihre Berufung an die Friedrich-Wilhelms-Universität und in den Gelehrtenolymp der Akademie als zu Preußen gehörig. Diese Preußenloyalität war vor allem institutionell begründet. Ein preußischer König, Friedrich I., hatte die Akademie ins Leben gerufen; ein anderer, Friedrich der Große, hatte sie – wenn auch mit geringem wissenschaftlichen Ertrag – sehr unmittelbar selbst regiert; ein weiterer, Friedrich Wilhelm III., hatte sie reformiert und damit die Ära ihrer herausragenden Geltung eingeleitet; der letzte schließlich, der Deutsche Kaiser Wilhelm II. hatte die von Akademiemitgliedern inaugurierte moderne Großforschung protegiert und finanziell unterstützt.[60] Es war zunächst die – durchaus verständliche – Dankbarkeit der Akademiemitglieder für die ihnen vom preußisch-monarchi-

[57] Max Rubner, Friedrichsrede, SB der PAW 1920, S. 69; Friedrichsrede, SB der PAW 1927, S. XXIf.

[58] Max Planck, Friedrichsrede 1928, SB der PAW 1928, S. XXf.

[59] AAW Berlin, Bestand PAW, II-III, 149, S. 18ff., bes. S. 20.

[60] Charakteristisch für diese Sicht u. a. Roethe, Friedrichsrede, SB der PAW 1919, S. 17f.

schen Staat durch die Akademie verschafften wissenschaftlichen Wirkungs- und Geltungschancen, die die Akademiemitglieder an Preußen, und vorrangig verständlicherweise an das alte Preußen, band.

Diese preußische Loyalität kulminierte in einer für die neue demokratische Republik Deutschland überaus problematischen Weise in einer nahezu hemmungslosen Kultivierung des Friedrich-Mythos.[61] Auch hier war Max Planck am differenziertesten und ausgewogensten. Aber was sich die Generalisten und Nichthistoriker unter den anderen Rednern an Friedrich-Hagiographie leisteten, zählt zu den nachdenkenswertesten Befunden im historisch-politischen Bewußtsein dieser deutschen Forscher- und Weltdeutungselite. „Die Stärke der Staaten beruht auf den großen Männern, die ihnen zur rechten Stunde geboren werden" – das ist der Ton, der beim Rückblick auf Friedrich dominiert.[62] Natürlich wurde die Analogie zwischen dem Schlesischen und dem Siebenjährigen Krieg auf der einen, dem Weltkrieg auf der anderen Seite gezogen. Der Friedrich-Mythos diente als offenes Gegenbild zur Gegenwart, und so wie Friedrich seinerzeit „Retter und Führer" Preußens war, so sollte er jetzt „Führer durch das Dunkle unserer Tage" sein.[63] In untrennbarer Legierung vermischte sich diese Bindung an die Kulturstaatlichkeit und die Monarchie Preußens also mit dessen politischer Machtstellung.[64]

Angesichts der Preußen-Bindung der Akademiemitglieder fällt dann aber doch auf, wie sehr auch bei den alten Herren der Akademie in den zwanziger Jahren neben dem preußisch-konservativen Etatismus und problemlos mit ihm vereinbar großdeutsche Forderungen in den Vordergrund traten. Dieser großdeutsche Nationalismus fundierte als selbstverständliche Gesinnungsgrundlage alle Aussagen der Friedrichs- und Leibnizreden über politische, gesellschaftliche, kulturelle, aber auch wissenschaftsorganisatorische und -politische Sachverhalte. Massiver noch als hier tritt er in Äußerungen der Akademie hervor, die weniger öffentlich-repräsentativen Charakter hatten als diese Festreden, so z. B. in den Glückwünschen der Sekretare an altgediente Mitglieder zu den Geburtstagen oder Doktorjubiläen, aber auch – mit größter Direktheit und in ebenso striktem wie unreflektiertem Widerspruch zum immer wieder deklarierten unpolitischen Charakter der Wissenschaft überhaupt und der Akademie im Besonderen – in der Begründung der Wahlvorschläge. Planck dankte 1921 dem Juristen Luschin von Ebengreuth für „Österreichs Wacht an *der* [sic!] Piave".[65] Das Glückwunschschreiben des Sekretars Heymann zum 60jährigen Dok-

[61] Vgl. allg. Dollinger, *Friedrich II. von Preußen*.

[62] Max Rubner, Friedrichsrede 1920, SB der PAW 1920, S. 67f.

[63] Heinrich Lüders, Friedrichsrede 1925, SB der PAW 1925, S. XXIII.

[64] Symptomatisch dafür Planck, Friedrichsrede 1928, SB der PAW 1928, S. XVIIf.; für die besonnene Würdigung Friedrichs durch Max Planck vgl. Planck, Friedrichsrede 1934, SB der PAW 1932, S. XXIff.

[65] AAW Berlin, Bestand PAW, II-III, 138, Bl. 228; vgl. ebd., II-III, 142, Bl. 54, wo am 16. Juli 1926 Sekretar Heymann in seinem Glückwunsch zum 60. Doktorjubiläum Luschins hofft, daß „die Zukunft Ihnen und uns in einer früheren oder späteren Vereinigung mit Österreich wenigstens die Genugtuung einer endlichen Wiederzusammenfassung Ihrer Alpendeutschen mit den Stammesgenossen des Nordens bringen wird".

torjubiläum von Max Lehmann erinnert zunächst an die in einem analogen Schreiben 1917 geäußerte Hoffnung, daß es der „Heldenkraft unseres Heers und dem Genie ihrer Führer" gelingen werde, der Nation einen angemessenen Frieden zu gewinnen und nimmt dann die Biographien Lehmanns über Scharnhorst und den Freiherrn vom Stein zum Vorwand, um sich über das gegenwärtige Leben der Deutschen unter einem „Frieden der Ohnmacht" zu beschweren.[66] Bei der Wahl vor allem der Korrespondierenden und Ehrenmitglieder tauchen genau die nationalpolitischen Begründungen in den Wahlvorschlägen auf, die, wenn sie aus dem Auswärtigen Amt kamen, empört als unakademisch zurückgewiesen wurden. Da ist von der „Deutschfreundlichkeit" eines Gelehrten die Rede, davon, daß sich einer „sehr herzlich über Deutschland" geäußert habe, und von der Unterstützung für die deutschen Universitäten.[67]

Die Wahl des Laienhistorikers und evangelischen Bischofs von Hermannstadt, Friedrich Teutsch, zum Korrespondierenden Mitglied 1922 begründete die Akademie, er sei „Haupt und Führer" der sächsischen Nation im Königreich Rumänien. Diese Beispiele ließen sich beliebig vermehren.[68]

Eine wesentliche Komponente dieses Gelehrten-Nationalismus ist schließlich – *siebtens* – das Zusammendenken von Militär und Wissenschaft unter dem Vorzeichen der preußisch-deutschen Identität. Diese Denkfigur hatte natürlich 1914 bis 1918 besondere Konjunktur gehabt, etwa wenn Wilamowitz-Moellendorff das Heer als die deutsche „Volksuniversität" bezeichnet und dann die quasi-militärische Organisation der deutschen Wissenschaft ausführlich beschrieben hatte.[69] Diese Sichtweise konnte sich auch auf die bekannte Analogisierung von Wehrkraft und Wissenschaft berufen, wie sie der besonnene, umsichtige und später als Vernunftrepublikaner keineswegs durch besonderen Militarismus hervorgetretene Harnack in seiner Denkschrift zur Gründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft von 1906 vorgenommen hatte: „Was wir im Kreise der Kulturvölker bedeuten, das liegt alles beschlossen in unserer *Wehrkraft und unserer Wissenschaft*. Unterstützen wir nicht unsere Wissenschaft mit allen Kräften [...], so fällt unsere Größe dahin. Die Wehrkraft allein kann sie nicht tragen."[70] Das Tertium comparationis von Wissenschaft und Militär ist dabei ein zweifaches: zum einen das Ethos selbstloser Unterordnung unter höhere Zwecke und die damit verbundene bedingungslose Arbeits- und Leistungsbereitschaft; zum anderen die Weltgeltung bzw. Weltmachtstellung Deutschlands. Ein Gelehrter wie Eduard Spranger, 1925 zugewählt, zumindest zeitweise Verteidiger der Republik und Gesinnungsgenosse Meineckes, reproduzierte diese – natürlich mythisierungsträchtige – Stilisierung der wissenschaftlichen Arbeit in Preußen-Deutschland noch 1950 fast unge-

[66] Ebd., II-III, 142, Bl. 131.

[67] Ebd., II-III, 143, Bl. 24f.; vgl. auch II-III, 138, Bl. 69ff.; 151, Bl. 15ff., 241f., 40ff.; 143, Bl. 24f. u. a.

[68] Ebd., II-III, 139, Bl. 291; vgl. auch Bl. 237, 243ff., 265, 275.

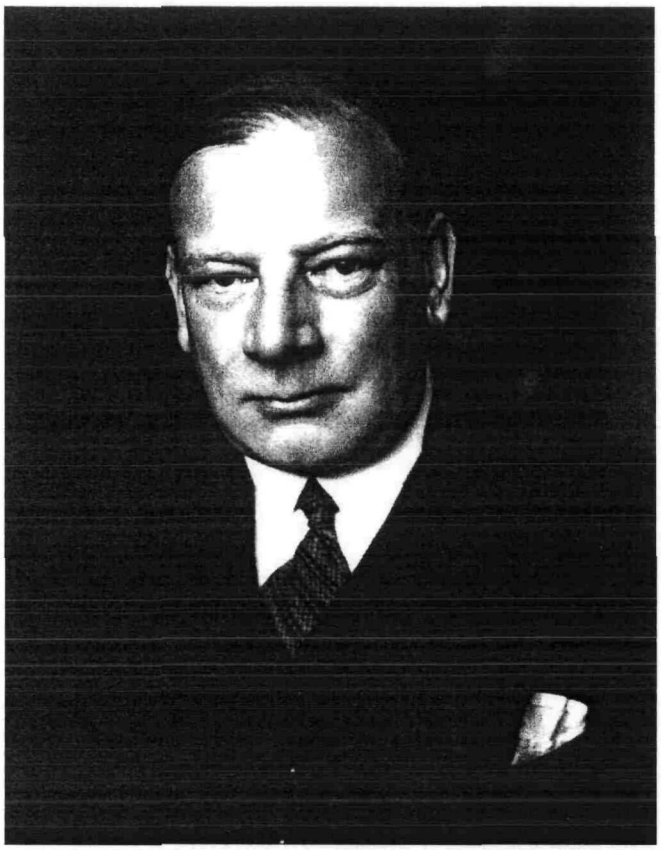
[69] Wilamowitz-Moellendorff, *Reden aus der Kriegszeit*; darin der Vortrag vom 20. November 1914: „Militarismus und Wissenschaft", S. 84; vgl. auch S. 88, 90.

[70] Denkschrift vom Sommer 1906, zit. nach Burchardt, „Adolf von Harnack", S. 223.

brochen. Er führte den „Genius loci" Berlins auf drei Faktoren zurück: „Arbeit, Kritik und Wirklichkeitssinn. Der Fleiß (nicht nur als ‚Industrie'), die Kritik (nicht nur als Besserwisserei und ‚alles ruppig machen'), die Realistik (als ‚Wille, die Welt aus eigener Kraft zu formen') – sie kennzeichnen durchweg den Bürger der Reichshauptstadt. Seine Höhe erreicht dieser Geist nicht ausschließlich in den überragenden Einzelgestalten, sondern in den Körperschaften, die die Aufgaben des Gedankens planmäßig vertreten und sie in die Wirklichkeit hineinarbeiten. Die Armee der Forschung repräsentieren die Akademie, das Hochschulsystem, die Kaiser-Wilhelm-Institute und der Große Forschungsrat [...]. Überall steht da der Einzelne ‚im Dienst'. Aber nicht seelenlos, sondern mit voller Schöpferkraft und tragender Verantwortung."[71]

Noch sehr viel breiter und massiver durchzieht die andere Komponente dieser Analogie, der Anspruch auf Weltgeltung, die Selbstinterpretationen und die Symbolpolitik der Akademie. Wieder muß man differenzieren und darf nicht alle Akademiemitglieder über einen Leisten schlagen. Aber den Sekretaren wurde applaudiert für ihre alljährlichen Raisonnements, und den Quellen ist kein Hinweis auf irgendeine Form von Widerspruch zu entnehmen – abgesehen allerdings von den noch zu besprechenden, aber im einzelnen schwer zu rekonstruierenden Spannungen zwischen „Orthodoxen" und „orthodoxen Reformern".[72] Daß die deutsche Wissenschaft vor 1914 „schlechthin die Weltführung" innegehabt habe, „voran unsere Akademie", wird sinngemäß in den Reden immer wieder variiert.[73] Die größte Sorge war, ob und wie sich diese Weltstellung unter den Bedingungen der Nachkriegszeit verteidigen ließ. Wissenschaft war Teil der staatlichen Macht und wurde als Teil der internationalen Machtpolitik gesehen, zwar nicht einer Machtpolitik mit militärischen, aber eben den Waffen der Gelehrten entsprechend mit geistigen Mitteln. Es ging jetzt, nach dem Scheitern der politisch-militärischen Weltmachtambitionen, darum, „wenigstens die Grundlagen unserer geistigen Machtstellung zu sichern".[74] Vereinzelt wird die Rhetorik von kriegerischem Dienst und Heldentod direkt auf die Wissenschaft übertragen, so, wenn der Metereologe von Ficker in einem Nachruf auf Karl Holl und Gustav Roethe von deren „deutschem Pflichtgefühl" und davon sprach, daß sie „bis zum Tode treu" und „Helden ihrer Wissenschaft" geblieben seien.[75] Umgekehrt scheiterte 1927 der Vorschlag Meineckes, Friedrich Thimme als Herausgeber der „Großen Politik der Europäischen Kabinette" die Silberne Leibnizmedaille zu verleihen. Thimme vertrat in der Kriegsschuldfrage eine kritischere Position als die meisten deutschen Historiker und so ging die Medaille „wegen der politischen Einstellung des Herrn Thimme" nicht an ihn, sondern an den Privatdozenten Moldenhauer.[76] Aber es finden sich auch Anklänge an den jüngst in der For-

[71] Spranger, „Das geistige Berlin" (1950), in: ders., *Berliner Geist*, S. 46f.
[72] Diese Unterscheidung nach Harwood, „Mandarins and Outsiders", S. 486ff.
[73] Gustav Roethe, Friedrichsrede, SB der PAW 1919, S. 19.
[74] Heinrich Lüders, Friedrichsrede, SB der PAW 1921, S. 169.
[75] Schlußwort Heymanns zur Antrittsrede v. Fickers, SB der PAW 1927, S. IV.
[76] AAW Berlin, Bestand PAW, II-V, 169, Bl. 179.



Heinrich von Ficker

schung stärker herausgearbeiteten betont rational-nüchternen Charakter des neokonservativen Nationalismus. So ging es etwa bei dem Hygieniker Rubner in seinem Vortrag über den „Aufbau der deutschen Volkskraft und die Wissenschaften" um die optimale „ökonomische Verwertung des Menschen für die nationalen Bedürfnisse".[77]

Der Nationalismus, so kann man zusammenfassen, ist die selbstverständliche Gesinnungsgrundlage der Akademiker bei ihrer Beurteilung aller möglichen politischen, gesellschaftlichen, bildungs- und wissenschaftspolitischen Fragen. Es gibt unterschiedlich radikale Formulierungen, aber drei Aspekte ziehen sich durch alle hindurch: zum *einen* der Kulturimperialismus der Vorkriegszeit, der im Denkschriftenkrieg der ersten Kriegs-

[77] Max Rubner, Friedrichsrede, SB der PAW 1919, S. 33ff.; vgl. allg. Herbert, *Best*, S. 42ff.

monate seinen absoluten Höhepunkt erreicht hatte und jetzt selbstverständlich nachwirkte. Zum *zweiten* die Ersatzfunktion von wissenschaftlicher Geltung für die verlorene politische und militärische Weltmachtposition. Zum *dritten* die Rolle des Nationalismus als Legitimationsideologie für die Geltungs- und Unterstützungsansprüche der Wissenschaftler selbst. Mit den Reden der Sekretare erhob die Akademie den Anspruch einer Sprecherrolle für die Nation in wesentlichen Fragen, aber sie verband diesen Anspruch auch mit dem massiven Versuch, eigene Interessen durchzusetzen. Die Nation, so der Tenor, braucht die Wissenschaft wie nie zuvor zur Mobilisierung und Steigerung ihrer Ressourcen, aber dafür müssen die Wissenschaft im allgemeinen und die Akademie im Besonderen auch ihrerseits entsprechend unterstützt und ausgestattet werden. In der Sorge um die Zukunft der Nation richte sich deren Blick auf die „geistigen Kräfte [...] zum Wiederaufbau". So groß wie die Hoffnung auf die Wissenschaft sei aber deren tatsächliche Notlage; gerade im Vergleich mit der Situation der Gelehrten in den anderen Kulturnationen trete dieser Mißstand überdeutlich hervor.[78]

IV.

Der Etatismus und das durch Krieg und Niederlage noch einmal gesteigerte und aktualisierte Nationalbewußtsein verband alle Akademiemitglieder – mit der Ausnahme des „Außenseiters" Albert Einstein und wohl auch des Historikers Wilhelm Lehmann, der sich als radikaler Kriegsgegner im Ersten Weltkrieg aus dem allgemeinen Konsens zunehmend gelöst hatte.[79] Für alle Akademiemitglieder hatte der Erste Weltkrieg und die anschließende Revolution einen ungeheuren Einschnitt und eine Katastrophenerfahrung dargestellt, die alle über das rein Wissenschaftliche hinausgehende Äußerungen der Folgezeit grundierte.[80] Wilamowitz z. B. hatte seine Produktion zu einem großen Teil auf Kriegsreden, Vortragskurse hinter der Front und auf „Kriegsbücher" wie etwa sein Platonbuch, in dem er die gegenwärtigen und antiken Zustände und Zusammenhänge analogisierte, umgestellt.[81] Auch die „Gemäßigten" wie Harnack und Meinecke hatten sich nun verstärkt in der politischen Publizistik engagiert. Es gab daneben freilich auch die „Stillen", die ihre wissenschaftliche Arbeit konsequent und ohne Änderung durchhielten wie etwa der Biologe Adolf Engler[82] oder der Ägyptologe Adolf Erman, der in der Akademie vor allem ein wissen-

[78] Max Rubner, Friedrichsrede, SB der PAW 1921, S. 477, 478.

[79] Vgl. vom Bruch, „Max Lehmann".

[80] Vgl. dazu den Beitrag von Wolfgang J. Mommsen in diesem Band.

[81] Vgl. u. a. Wilamowitz-Moellendorff, *Platon*; ders., *Staatsgedanke*; zum Verhältnis von Wissenschaft und Politik bei Wilamowitz vgl. Calder III/Flashar/Lindken, *Wilamowitz nach 50 Jahren*; darin bes.: Canfora, „Wilamowitz' ‚Politik in der Wissenschaft'" sowie vom Brocke, „Wissenschaft und Miliarismus"; Wilamowitz gehörte zwar zu den Wortführern der „Orthodoxen", bekannte sich aber abweichend von vielen anderen Intransingenten dieser Jahre zur Internationalität der Wissenschaft, vgl. ebd., S. 690.

[82] Vgl. Diels, „Zum Gedächtnis von Adolf Engler".

schaftliches Arbeitsgremium sah, in dem man „nicht glänzen [, ...] sondern arbeiten" sollte. Er hielt eisern an seiner Arbeit am „Ägyptischen Wörterbuch" (seit 1897) fest und fand dieses „Durchhalten unseres Werkes verdienstlicher [, ...] als wenn ich, wie so viele, durch Vorträge und durch Schriften für ‚vaterländische Aufklärung' gesorgt hätte".[83]

Was die politischen Optionen der Akademiker zwischen 1918 und 1933 angeht, so setzte sich die Lagerbildung aus dem Weltkrieg fort.[84] Es gab die radikal-nationalistischen Konservativen wie Ulrich von Wilamowitz-Moellendorff, Dietrich Schäfer und Eduard Meyer sowie Albert Brackmann; es gab daneben die Gemäßigten oder Vernunftrepublikaner wie Adolf von Harnack, den (allerdings schon 1919 gestorbenen) Chemiker Emil Fischer und schließlich auch Max Planck. Die Mehrzahl der Ordentlichen und Korrespondierenden Mitglieder dachte monarchisch-„normalkonservativ" (bei den Historikern etwa Paul Fridolin Kehr, Max Lenz, Erich Marcks, Ulrich Stutz und Harry Bresslau). Ihnen standen aber immerhin – wiederum bei den Historikern – die gemäßigten Republikfreunde Friedrich Meinecke und Alois Schulte, der zwischen Republikfeindschaft und -bejahung oszillierende Hermann Oncken, der preußen- und protestantismuskritische Katholik Heinrich Finke, der antisemitismus- und nach 1918 auch nationalismuskritische Otto Hintze sowie der radikale Kriegsgegner Max Lehmann gegenüber.

Diese politische Lagerbildung verläuft weitgehend entlang der an Fritz Ringer angelehnten, aber dessen Typologie differenzierenden Unterscheidung Jonathan Harwoods zwischen „Orthodoxen", „Gemäßigten Orthodoxen" und „Außenseitern".[85] Soweit sie bislang nachgewiesen ist, gibt die Mitgliedschaft in einer politischen Partei deutliche Hinweise auf die Gewichtsverteilung zwischen den Lagern.[86] So gehörten der DVP während des ganzen Zeitraums oder zeitweise an: Albert Brackmann (bis 1924/25), Ernst Heymann, Max von Laue, Max Planck; der DNVP: Paul Guthnick, Hans Lietzmann, Hans Ludendorff (1919–24), Heinrich Lüders (nur kurze Zeit nach der Gründung) und Eduard Meyer; für Wilhelm Trendelenburg ist eine einmalige Beitragszahlung für die DDP und für Friedrich Meinecke die DDP-Mitgliedschaft von 1919–33 nachgewiesen; Wilamowitz-Moellendorff war Mitglied der Vaterlandspartei.

In den Schriften der Radikalnationalisten finden sich als gemeinsame Merkmale ein radikaler Elitismus oder – anders gewendet – eine radikale Demokratie- und Massenkritik in unterschiedlichen Varianten, das Lob des starken Staates, die Kritik der Erfüllungspolitik, im ganzen eine Mischung von politischer Polemik und konservativer Kulturkritik. Diet-

[83] Erman, *Mein Werden und mein Wirken*, S. 287, 288.

[84] Vgl. dazu den Beitrag von Wolfgang J. Mommsen in diesem Band.

[85] Harwood, „Mandarins and Outsiders", sowie vom Brocke, „Wissenschaft und Militarismus", bes. S. 710ff.

[86] Zugrundegelegt sind die Fragebögen von 1936, in denen die Akademiemitglieder u. a. Auskunft über ihre Mitgliedschaft in Parteien geben mußten. Erfaßt ist nur, wer nach 1933 noch Mitglied der Akademie war. AAW Berlin, Bestand PAW, II-III, 49-111; diese Angaben sind vermutlich nicht vollständig. Die Ergebnisse einer jüngst installierten Forschungsgruppe zur Prosopographie der Akademiemitglieder standen mir noch nicht zur Verfügung.

rich Schäfer etwa rechnete in seinem „Staat und Welt" mit Republik, Parlamentarismus und Verfassung pauschal ab, kritisiert die „Äußerlichkeiten" der neuen Republik, die „Verwilderung des Geschmacks und der Sitten", die Herrschaft der Massen, die „blinde Parteiwut", „deutsche Fremdsucht" und Sozialisierungstendenzen.[87] Vereinzelt spielte der radikalisierte Honoratiorenkonservativismus dieser „Mandarine" auch in das Gedankengut der Konservativen Revolution hinüber, so vor allem bei Eduard Meyer, der Deutschland an der Schwelle zu einer radikalen Demokratie nach amerikanischem Vorbild sah, generell den „übermodernen Geist" der Großstadt und vor allem des „geistigen Berlin" kritisierte, demgegenüber in der Landbevölkerung „die gesunde Kraft jedes Volkes" sah und sich im übrigen mit einer einführenden Schrift in Spenglers „Untergang des Abendlandes" erstaunlich weitgehend mit dessen Theorien identifizierte.[88]

Dieser „Schäfermeierei",[89] mit der Meinecke bereits 1915 gebrochen hatte, standen mit ihm und Adolf von Harnack beredte und engagierte Verfechter des Vernunftrepublikanismus gegenüber. Auch ihr politisches Weltbild war und blieb konservativ durchdrungen, sie unterscheiden sich von den Wilamowitz, Schäfer, Meyer usw. durch ihren energischen Willen zur politisch-gesellschaftlichen Analyse.

Für Stil und Atmosphäre des kollegialen Miteinanders in der Akademie mußte es vor allem Folgen haben, daß die Vernunftrepublikaner auch und gerade die Professorenschaft in eine republikanisch-humanitäre Selbstkritik des Deutschen einbezogen. Adolf von Harnack schrieb am 13. Mai 1919 an seinen Schüler und Akademiekollegen Karl Holl: „Die Zeichen der Zeit haben wir nicht verstanden, und die Überschätzung unserer Kraft und Macht war schlimmer als eine falsche Berechnung oder Täuschung. Aber von Bußgesinnung und Willensänderung, die das Volk ergreifen, spüre ich fast nichts, und diese Wahrnehmung ist mir das schwerste bei allem Leid! Daß wir im Sozialen, dem Äußeren und dem Inneren uns umdenken und sittlich umfühlen müssen, wenn *wir* nicht alle Kosten der Weltrevolution tragen sollen, das ist mir gewiss."[90] Im Rahmen der Akademie verzichteten die Vernunftrepublikaner nach einer ernüchternden Erfahrung Friedrich Meineckes 1917, als er mit der Idee eines Aufrufs zu Reformen in Preußen bei den Sekretaren auf Ablehnung oder Unverständnis gestoßen war auf alle Initiativen. Harnack konzentrierte sich vorzugsweise auf seine Position als Präsident der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und Meinecke zog die Konsequenz aus der Vorherrschaft der „Göttinger Clique" Wilamowitz, Gustav Roethe, Heinrich Lüders und Eduard Meyer sowohl in der Fakultät der Friedrich-Wilhelms-Universität als auch in der Akademie. Sein Resümee in den „Erinnerungen" dürfte die Stimmung in der

[87] Schäfer, *Staat und Welt*, S. 273, 283, 280ff., 294; hierzu und zu ähnlichen Positionen bei Roethe, Meyer, Wilamowitz u. a. vgl. die in Anm. 81 genannte Literatur sowie die Beiträge in Schwabe, *Deutsche Hochschullehrer als Elite*, darin bes. Sontheimer, „Hochschullehrer in der Zeit der Weimarer Republik", und Faulenbach, „Historiker und die Massengesellschaft".

[88] Meyer, „Deutschlands Lage in der Gegenwart", bes. S. 1–13; ders., *Spenglers, Untergang des Abendlandes*'; vgl. dazu: Fischer, *Politische und publizistische Tätigkeit Eduard Meyers*.

[89] So Meinecke, *Autobiographische Schriften*, S. 250.

[90] Holl/Harnack, *Briefwechsel*, S. 71.

Akademie zutreffend wiedergeben: „Es hat Zeiten gegeben, in denen ich mich recht fremd in ihr [der Akademie, W. H.] gefühlt und sie deswegen monatelang geschwänzt habe, denn die heißen Kämpfe und Gegensätze der Kriegs- und Nachkriegszeit verpflanzten sich auch in dieses Gremium – wiederum wie in der Fakultät fast ohne Worte und sichtbare Bekundungen. Die gemessene Würde der akademischen Sitzungen blieb immer gewahrt – aber die Geister schieden sich und wurden kühl gegeneinander. Das spürte man dann am Kaffeetische, der nach jeder Sitzung in einer benachbarten Konditorei, nach dem Kriege im Bibliothekssaale der Akademie selbst uns erwartete."[91] Im Verhältnis der beiden – nach Meineckes Einschätzung führenden – Geister und Akademiemitglieder Wilamowitz und Harnack steigerte sich diese Kühle zur Aversion. Was Wilamowitz von seinem Kollegen hielt, ist zwei Briefen an seinen Altphilologen Kollegen Eduard Schwartz 1925 zu entnehmen. Wilamowitz dankte darin für die Unterstützung seiner Person in einer Personalangelegenheit: „Harnack wird sich ärgern, aber er wird es nicht zeigen. Es wird mir immer schwerer Verbindung mit ihm zu halten, nachdem er erst für den Zentrumskanzler Wilhelm Marcks aufgetreten ist und sich nun an Hindenburg herandrängelt, natürlich mit Erfolg." Harnack – so registrierte Wilamowitz bei anderer Gelegenheit allerdings auch – „fehlte bei Kontroversen fast immer, ebenso wie Meinecke".[92]

Diese Polarisierung schlug natürlich auch auf die Personalpolitik durch. Ernst Troeltsch, Korrespondierendes Mitglied seit 1912, wurde erst 1922 und gegen den zähen Widerstand des nationalkonservativen Lagers zum Ordentlichen Mitglied gewählt.[93] 1922 kam es zu einer Kontroverse um die Aufnahme dreier Mitglieder, darunter des deutschnationalen Astronomen Hans Ludendorff. Hier erhob das Kultusministerium Einspruch, wohl vorwiegend aus politischen Motiven, aber offiziell mit dem neutraleren Argument, daß die Kandidaten zu jung bzw. noch zu wenig ausgewiesen seien. In der Diskussion darüber – die natürlich sofort auf die „Autonomie" der Akademie gegenüber dem Staat kam – bezog Meinecke in allerdings gerade deswegen verhaltenen Wendungen Position auf der Seite des Ministeriums. Es habe einmal zu dieser Kontroverse kommen müssen, und er habe Verständnis für die Position des Ministeriums. Auch in diesem Falle setzte sich die – letztlich politisch begründete – Mehrheit durch und am Ende bestätigte das Ministerium die Wahl![94] Als Meinecke 1931 und dann noch einmal im Februar 1933 die Initiative zu Erklärungen deutscher Professoren gegen den Nationalsozialismus ergriff, spielten die Akademiemitglieder in seinen Überlegungen keinerlei Rolle. Er hatte zunächst im Rahmen des „Weimarer Kreises" Ende 1931 versucht, einen Aufruf zuerst durch „acht gute Namen" unterzeichnen zu lassen und dann den Brief an sämtliche Berliner Kollegen zu verschicken.

[91] Meinecke, *Autobiographische Schriften*, S. 251.

[92] Calder III/Fowler, *Preserved Letters of Ulrich von Wilamowitz-Moellendorff*, S. 97f., 100, vgl. auch S. 94; Meinecke, *Autobiographische Schriften*, S. 252.

[93] Vgl. Meinecke, *Autobiographische Schriften*, S. 255f.

[94] AAW Berlin, Bestand PAW, II-III, 39, Bl. 143f., 150f.; GStA, I. HA, Rep. 76, Vc. Sekt. 2, Tit. 23, F, Nr. 2, Bd. XV, Bl. 54, 59ff.

Das scheiterte schon daran, daß diese acht guten Namen nicht zu finden waren: „Jeder bisher Gefragte hat Gegengründe wie Brombeeren. Im Hintergrunde richtet man sich eben auf die kommende Naziregierung schon ein."[95]

V.

Die Akademie versammelte in ihrer Mitgliederschaft – in der Terminologie Harwoods – orthodoxe und reformistische Mandarine. Dazu kam ein Außenseiter, Einstein. Als aktiver Pazifist und – freilich nicht ganz unkritischer – Freund der Sowjetunion stand Einstein seit 1914/17 außerhalb des politischen Konsenses der Akademie. Sichtbar politisch und antisemitisch begründete Vorbehalte gegen Einstein traten in der Akademie erstmals im Spätsommer 1920 und 1921 im Zusammenhang mit der „Anti-Relativitätstheorie GmbH" und Einsteins erster triumphal verlaufender Nachkriegs-Auslandsreise hervor,[96] doch beruhigte sich die Kontroverse um Einstein danach wieder. In den Monaten vor und nach der Machtergreifung entwickelte sich jedoch, ausgelöst durch Einstein selbst, ein förmlicher „Fall Einstein", in dem die Selbstdeutung der Akademie als wissenschaftliche Institution jenseits der Politik in einer für die politische Einstellung der meisten Akademiemitglieder höchst symptomatischen Weise zusammenbrach. Einstein hielt sich seit Dezember 1932 in den USA auf und nahm seit dem 24. Januar und vor allem nach dem 30. Januar 1933 in der „New York Times" und in mehreren anderen Zeitungen kritisch Stellung zu den Vorgängen in Deutschland. Daraufhin kündigte der amtierende Sekretar der Akademie, von Ficker, in einem Schreiben vom 18. März Einstein an, daß er, Einstein, nach seiner Rückkehr die Akademie über das, was „tatsächlich vorgefallen sei, zu unterrichten und den Text der veröffentlichten Erklärungen mitzuteilen habe".[97] Am 29. März informierte Ficker Max Planck brieflich in München und teilte seinen Eindruck mit, daß es am besten wäre, wenn Einstein „durch eine Austrittserklärung allen möglichen Folgen zuvorkommen würde". Planck antwortete darauf am 31. März in einem ungewöhnlich freundlich gehaltenen Schreiben, daß sich seine „Ansichten über die Lage und das taktische Vorgehen gegenüber Einstein" ganz mit denen Fickers deckten. Er, Planck, habe Einstein in einem eingeschriebenen Brief den Austritt als „einzig möglichen Ausweg bezeichnet".[98] Am 1. April 1933 ließ Heymann, der in Abwesenheit von Fickers die Geschäfte der Akademie vertretungsweise alleine führte,

[95] Meinecke, *Ausgewählter Briefwechsel*, S. 131, Brief an W. Goetz vom 4. Dezember 1931, vgl. auch ebd., S. 130.

[96] Vgl. *Einstein in Berlin 1913–1933*, S. 60–66. Höchst aufschlußreich ist der Briefwechsel der beiden Sekretare Roethe und Planck zu den ersten Anfeindungen Einsteins. Beide halten es, aus unterschiedlichen Gründen, für richtig, als Akademie nicht offiziell für Einstein einzutreten; Roethe wohl letztlich aus antisemitischen Ressentiments und wegen seiner Abneigung gegen den ‚politisch linken Einstein'; Planck, weil er die Gegner der Relativitätstheorie durch eine Stellungnahme der Akademie nicht aufwerten möchte.

[97] Vgl. hierzu und zum Folgenden die Dokumente in: *Einstein in Berlin*, S. 243ff.

[98] Ebd., S. 245.

ohne Abstimmung mit irgendwelchen Akademiegremien in allen Berliner Zeitungen eine Erklärung gegen Einstein abdrucken. Auf die Intervention Haberlandts und von Laues fand am 6. April 1933 die bekannte Sondersitzung des Plenums statt, in der von Laue eine Distanzierung der Akademie von Heymann forderte, wofür er aber keinerlei Unterstützung fand. Planck billigte in einem Brief am 13. April 1933 das Vorgehen der Akademie ausdrücklich.

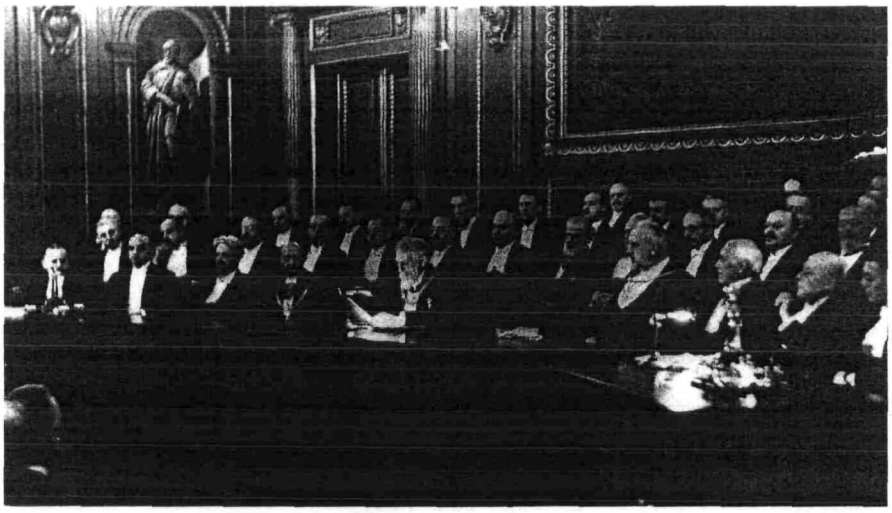
Entscheidend sind darin die folgenden Sätze: „Das schlimmste dabei ist m. E., daß wenigstens meines Wissens noch nicht feststeht, was er [Einstein] wirklich gesagt oder getan hat. Was man ihm vorwerfen kann, ist doch einstweilen nur das, daß er es versäumt hat, der Akademie rechtzeitig zur Kenntnis zu bringen, daß er der infamen Haß- und Lügenpropaganda, die sich seit Hitlers Ernennung zum Reichskanzler über Deutschland ergossen hat, fernsteht und sie scharf mißbilligt. Daß das wirklich der Fall ist, halte ich einstweilen gar nicht für ausgeschlossen."[99] Planck kennt hier – nach der Boykotthetze vom 1. April 1933 und nach den gesamten bereits eingeleiteten Gleichschaltungsmaßnahmen – keinen Unterschied zwischen dem deutschen Volk und der nationalsozialistischen Regierung. Auch in Laues höchst ehrenwertem Protest gegen das Vorgehen der Akademie ist von der „vollen Anerkennung der Unvereinbarkeit der politischen Äußerungen Einsteins mit seiner bisherigen Stellung" die Rede.[100] Das bedeutet nun eben doch, daß man als Mitglied der Akademie der neuen deutschen Volksgemeinschaft gegenüber jetzt keine dezidiert oppositionellen Meinungen äußern durfte. Die Nation stand über den Parteien und verlangte Solidarität, auch wenn sie von einem inzwischen manifest terroristischen Regiment beherrscht wurde. Ein Angehöriger des Deutschen Reichs, besonders ein Akademiemitglied durfte – schon gar im Ausland – die neue, legal an die Macht gekommene Regierung nicht angreifen.

Trotz der zumindest vorübergehend zunehmenden Akzeptanz der Republik dominiert am Ende die Präferenz oder zumindest die Hinnahme des autoritär und terroristisch gewordenen Nationalstaats. Kleine Symptome einer Klimaveränderung in der Akademie hatten sich bereits 1932 gezeigt, als nun auch Max Planck plötzlich von „Führern" der Wissenschaft sprach und der Jurist Heymann einen kryptischen Leibniz-Vortrag über die Zensur bei Leibniz hielt.[101] Heymann sympathisierte mit dem Nationalsozialismus und machte sich im März und April 1933 zu dessen Vollzugsgehilfen gegen Einstein, sympathisierend begleitet von zumindest acht Akademiemitgliedern, darunter einem NSDAP-Mitglied. In dieser zumindest ansatzweise erkennbaren Fraktionsbildung setzte sich die Gegensätzlichkeit der Anschauungen zwischen den orthodoxen und den modernistischen Mandarinen aus der Kriegs- und Nachkriegszeit fort. Diese Gegensätze hatten allerdings die eigentliche wissenschaftliche Arbeit in den zurückliegenden Jahren nicht beeinträchtigt. Zweifellos hatte die Akademie als Institution eine gewisse pazifizierende und domestizierende Wir-

[99] Ebd., S. 254.

[100] Brief von Max von Laue an den Präsidenten der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt, Friedrich Paschen, am 3. April 1933, ebd., S. 250.

[101] Max Planck, Friedrichsrede, SB der PAW 1932, S. XXIII; Heymann, Leibniz-Rede, ebd., S. XCIII–CX.



Festsitzung der Preußischen Akademie der Wissenschaften 1931.
1. Reihe von links: Karl Andreas Hofmann, Erhard Schmidt, Gottlieb Haberlandt, Max Planck, Max Rubner, Ernst Heymann, Ulrich von Wilamowitz-Moellendorff, Konrad Burdach. 2. Reihe von links: Paul Guthnick, Max von Laue, Carl Correns, Hans Ludendorff, Otto Hahn, Paul Wagner, Johannes Stumpf, Carl Stumpf, Friedrich Meinecke, Heinrich Maier, Ulrich Stutz.
© Ullstein Bilderdienst

kung auf ihre allesamt politisch umgetriebenen und teilweise außerhalb der Akademie auch politisch aktiven Mitglieder. Politische Gegensätze wurden hier ein Stück weit auf Eis gelegt. Insofern bewährte sich auch die Ideologie der Apolitie.

Die Nagelprobe für dieses Funktionieren der relativ autonomen Wissenschaftsorganisation „Akademie" inmitten aller politisch-gesellschaftlichen und kulturellen Spannungen dieser „Krisenjahre der klassischen Moderne" (Detlef Peukert) ist jedoch Plancks Abrücken von Einstein. Bei ihm wie bei den meisten Akademikern dominierten drei Wertorientierungen: Autonomie der Wissenschaft, Etatismus und Nationalismus. In der ersten und einzigen wirklichen inneren Krise der Akademie nach 1918 kollidierten diese Wertbezüge, die sich bis dahin sogar gegenseitig gestützt hatten, weil die freie Wissenschaft und ihr Schutz als besondere Errungenschaften der preußisch-deutschen Nationalkultur und Kulturstaatlichkeit deklariert werden konnten. Jetzt wäre es darauf angekommen, den regimekritischen und vermeintlich unnationalen Außenseiter im Namen der Freiheit und Reinheit der Wissenschaft als Mitglied der Akademie zu verteidigen. Dieser Aufgabe gegenüber hat die Akademie mit Ausnahme Max von Laues versagt. Max Planck hielt die Verpflichtung der Wissenschaft auf die Wahrheit zumindest insofern hoch, als er das Fehlen genauer und gesicherter Informationen über das, was Einstein wirklich gesagt hatte, beklagte. Aber er war weder bereit, Einstein auf die Seriosität seiner Aussagen über Deutsch-

land Kredit zu geben, noch eine Verschiebung der Entscheidung zu verlangen. Maßgeblich war trotz der langjährigen wissenschaftlichen Zusammenarbeit, ja, wie Planck selbst meinte, Freundschaft, doch die „abgrundtiefe Kluft", in der er sich politisch zu Einstein fühlte.[102] Etatismus, Nationalismus und schließlich das niemals genau zu bestimmende Quantum an persönlichem Ehrgeiz und Machtbedürfnis, zweifellos aber auch der Wunsch, Schlimmeres zu verhüten, hielten ihn auch von einem Rücktritt zurück. Natürlich handelt es sich dabei um eine individuelle Entscheidung Plancks. Aber sie ist doch symptomatisch für die politische Prägung der deutschen Gelehrtenelite im Ganzen, ihre Vorstellungen von Staat und Nation und des Verhältnisses der Wissenschaft zu beiden.

Literatur

Die Berliner Akademie der Wissenschaften in der Zeit des Imperialismus, 3 Bde., hrsg. von Heinrich Scheel unter der Leitung von Leo Stern, Berlin 1975–1979.

Brocke, Bernhard vom: „Wissenschaft und Miliarismus. Der Aufruf der 93 ‚An die Kulturwelt!' und der Zusammenbruch der internationalen Gelehrtenrepublik im Ersten Weltkrieg", in: William M. Calder III u. a., *Wilamowitz nach 50 Jahren*, S. 649–719.

Burchardt, Lothar: „Adolf von Harnack", in: Wolfgang Treue und Karlfried Gründer (Hrsg.), *Berlinische Lebensbilder*. Wissenschaftspolitik in Berlin. Minister, Beamte, Ratgeber, Berlin 1987, S. 215–234.

Calder III, William M., Hellmut Flashar und Theodor Lindken (Hrsg.): *Wilamowitz nach 50 Jahren*, Darmstadt 1985.

Calder III, William M. und Robert L. Fowler (Hrsg.): *The Preserved Letters of Ulrich von Wilamowitz-Moellendorff to Eduard Schwartz*. Ed. with Introduction and Commentary, München 1986.

Canfora, Luciano: „Wilamowitz ‚Politik in der Wissenschaft'", in: William M. Calder III u. a., *Wilamowitz nach 50 Jahren*, S. 56–79.

Diels, Ludwig: „Zum Gedächtnis von Adolf Engler. Mit einem Verzeichnis der Schriften von Adolf Engler", in: *Botanische Jahrbücher* 64 (1931), S. XXXVIII.

Dollinger, Hans: *Friedrich II. von Preußen*. Sein Bild im Wandel von zwei Jahrhunderten, München 1986.

Albert Einstein in Berlin 1913–1933. Teil I: Darstellung und Dokumente, bearbeitet von Christa Kirsten und Hans-Jürgen Treder, Berlin 1979.

Erman, Adolf: *Mein Werden und mein Wirken*. Erinnerungen eines alten Gelehrten, Leipzig 1979.

Faulenbach, Bernd: „Die Historiker und die Massengesellschaft der Weimarer Republik", in: Schwabe, *Deutsche Hochschullehrer als Elite*, S. 225–246.

Fischer, Kurt: *Die politische und publizistische Tätigkeit Eduard Meyers im Ersten Weltkrieg und in den ersten Jahren der Weimarer Republik (1914–1920)*, Potsdam 1963.

Grau, Conrad: *Die Preußische Akademie der Wissenschaften zu Berlin*. Eine deutsche Gelehrtengesellschaft in drei Jahrhunderten, Heidelberg, Berlin, Oxford 1993.

Harnack, Adolf von: *Ausgewählte Reden und Aufsätze*, hrsg. von Agnes von Zahn-Harnack und Axel von Harnack, Berlin 1951.

Hartkopf, Werner: *Die Akademie der Wissenschaften in der DDR*. Ein Beitrag zu ihrer Geschichte, Berlin 1976.

Harwood, Jonathan: „Mandarins and Outsiders in the German Professoriate 1890–1933. A Study of the Genetics Community", in: *European History* 23 (1993), S. 485–511.

[102] Brief von Planck an Heinrich v. Ficker, 31. März 1933, in: *Einstein in Berlin*, S. 245.

Herbert, Ulrich: *Best*. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903 bis 1989, Bonn [3]1996.

Holl, Karl und Adolf von Harnack, *Briefwechsel 1866–1926*, hrsg. von Heinrich Karpp, Tübingen 1966.

Juderselben, Jörg: *Philologie als Nationalpädagogik*. Gustav Roethe zwischen Wissenschaft und Politik, Diss. Humboldt-Universität Berlin 1999.

Kerschensteiner, Georg und Eduard Spranger. *Briefwechsel 1912–1931*, hrsg. u. eingel. von Ludwig Englert, München, Wien, Stuttgart 1966.

Krüger, Peter: *Die Außenpolitik der Republik von Weimar*, Darmstadt 1985.

Meinecke, Friedrich: *Ausgewählter Briefwechsel*, hrsg. von Ludwig Dehio und Peter Classen (= Werke, Bd. 6), Stuttgart 1962.

Meinecke, Friedrich: „Erlebtes in Berlin", in: ders., *Werke*, Bd. 8: Autobiographische Schriften, hrsg. von E. Kessel, Stuttgart 1969.

Meyer, Eduard: „Deutschlands Lage in der Gegenwart und unsere Aufgabe für die Zukunft". Vortrag gehalten in der Versammlung der deutsch-nationalen Volkspartei in Berlin-Lichterfelde am 27. Februar 1919, Berlin 1919.

Meyer, Eduard: *Spenglers ‚Untergang des Abendlandes'*, Berlin 1925.

Nipperdey, Thomas und Ludwig Schmugge: *50 Jahre Forschungsförderung in Deutschland*. Ein Abriß der Geschichte der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Berlin 1970.

Max Planck in seinen Akademieansprachen. Erinnerungsschrift der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Berlin 1948.

Ringer, Fritz K.: *The Decline of the German Mandarines*. The German Academic Community, 1890–1933, Cambridge, Mass., 1969.

Schäfer, Dietrich: *Staat und Welt*. Eine geschichtliche Betrachtung, Berlin 1922.

Schlicker, Wolfgang: *Von der großen Sozialistischen Oktoberrevolution bis 1933* (= Berliner Akademie der Wissenschaften in der Zeit des Imperialismus, Bd. 2), Berlin 1975.

Schmidt-Ott, Friedrich: *Erlebtes und Erstrebtes*. 1860–1950, Wiesbaden 1952.

Schwabe, Klaus (Hrsg.): *Deutsche Hochschullehrer als Elite 1815–1945*, Boppard am Rhein 1988.

Sontheimer, Kurt: „Die deutschen Hochschullehrer in der Zeit der Weimarer Republik", in: Schwabe, *Deutsche Hochschullehrer als Elite*, S. 215–224.

Spranger, Eduard: *Berliner Geist*. Aufsätze, Reden und Aufzeichnungen, Tübingen 1966.

Wilamowitz-Moellendorff, Ulrich von: *Der griechische und der platonische Staatsgedanke*, Berlin 1919.

Wilamowitz-Moellendorff, Ulrich von: *Platon*, 2 Bde., Berlin 1917.

Wilamowitz-Moellendorff, Ulrich von: *Reden aus der Kriegszeit*, Berlin 1915/16.

Willett, Olaf: *Sozialgeschichte Erlanger Professoren 1743–1933*, Diss. Humboldt-Universität Berlin 1999 (erscheint in: Kritische Studien, Göttingen 2001).